

Vorwort

Eine Reihe von Entwicklungen sorgt derzeit für ein erneuertes Interesse an Fragen globaler Produktion und abhängiger Entwicklung. Immer häufiger bilden die Auswirkungen der Liberalisierung auf die industrielle Entwicklung peripherer Ökonomien einen Streitpunkt bi- und multilateraler Freihandelsverhandlungen. Regierungen Lateinamerikas, Afrikas und Asiens setzen sich in konzertierterer Form als in früheren Jahren für die Erweiterung ihrer industriepolitischen Handlungsspielräume ein, die durch globale Wertschöpfungsketten und das internationale Handelsregime immer stärker eingeengt werden.

Diese Bemühungen zeitigten auch einzelne Erfolge: So vereitelte eine breite Koalition bei der Konferenz der Welthandelsorganisation 2003 in Cancún den Versuch der Europäischen Union, ein globales Investitionsabkommen zu verhandeln, das nach der WTO-Logik auf erleichterten Marktzugang und eben nicht den Schutz der „Infant Industries“ in der Peripherie ausgelegt wäre. Ebenso gehen Entwicklungsländer bei den für moderne Netzwerkproduktion immer bedeutsameren geistigen Eigentumsrechten in Stellung. Eine Gruppe von 14 Regierungen unter Führung Brasiliens und Argentinien ergriff die Initiative für eine Entwicklungsagenda bei der Weltorganisation für geistiges Eigentum WIPO. Ihr Ziel ist eine entwicklungsorientierte Reform der internationalen Normsetzung beim geistigen Eigentum, die durch Beschränkungen von Copyrights und Patenten einen Technologie- und Wissenstransfer ermöglichen würde. Die auf multilateraler Ebene ausgetragenen Kämpfe für industriepolitische Freiräume finden ihre Fortsetzung im Kontext bilateraler und interregionaler Liberalisierungsverhandlungen. Bilaterale Handelsverträge ermöglichen wesentlich tiefere Eingriffe in die nationale Industriepolitik als es im multilateralen Rahmen jemals möglich wäre. So umfassen beispielsweise die laufenden Verhandlungen zwischen der EU und dem MERCOSUR über eine interregionale Freihandelszone die im Rahmen der WTO vorläufig gescheiterten Investitionsregelungen.

Nicht zuletzt spielen sich die Auseinandersetzungen um industrielle Entwicklung vor dem Hintergrund der für die heutige Weltarbeitsteilung prägenden, hierarchisch strukturierten und von transnationalen Konzernen beherrschten globalen Wertschöpfungsketten ab. Einzelne Länder vor allem in Lateinamerika und Asien vermochten sich als subalterne Produktionsstandorte in diese Netzwerke zu integrieren, so in der Automobil-, Elektro- oder Nahrungsmittelindustrie. Zur Widersprüchlichkeit der globalisierten Produktion gehört, dass sie einerseits immer wieder bedeutende Prozesse der Klassenbildung und der Formierung unabhängiger Gewerkschaften auslöst, andererseits aber Mechanismen abhängiger Entwicklung in Gang setzt, die erhebliche soziale Ungleichheit auf nationaler und internationaler Ebene erzeugen. Dabei wird immer deutlicher, dass das internationale Handelsregime zur Aufrechterhaltung der für vernetzte Produktion typischen Wertschöpfungshierarchie beiträgt.

Die vorliegende Publikation bettet sich in das Projekt „Freihandel und industrielle Entwicklung“ ein. Mit diesem Vorhaben möchte das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika - FDCL Grundlagen schaffen für eine breiter angelegte Diskussion zwischen sozialen Bewegungen,

Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen über das bisher vernachlässigte Thema der industriellen Entwicklung. Angesichts der Formierung eines internationalen Handelsregimes, das periphere Ökonomien in prekärer Form in internationale Produktionsnetzwerke einbindet und damit auch die Handlungsspielräume sozialer Bewegungen und Gewerkschaften beeinflusst, erscheint uns die Diskussion von Interventionsmöglichkeiten drängender denn je. Ziel des Projektes ist es daher, Analysen und Kritik aus Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und progressiver Wissenschaft in der EU und Lateinamerika zusammenzuführen sowie die Handlungsfähigkeit in diesem Bereich zu erhöhen.

In diesem Band versammeln wir drei Beiträge, die sich mit verschiedenen Aspekten des Spannungsfelds globaler Produktion und abhängiger Entwicklung befassen.

Thomas Fritz geht in seinem Artikel der Frage nach, inwieweit die in jüngster Zeit diskutierten Thesen einer mit vernetzter Produktion einhergehenden Ausgleichsbewegung zwischen Zentrum und Peripherie gerechtfertigt sind. Er schildert dazu die unterschiedlich erfolgreichen Versuche der Einbindung ausländischer Direktinvestitionen in Strategien der Importsubstitution, die von den Kapitalbewegungen ausgelösten beachtlichen Prozesse der Klassenbildung, die mit der monetaristischen Wende in den 80er Jahren forcierte globale Restrukturierung der Industrie sowie die äußerst ungleiche Verteilung der Wertschöpfung in den Produktionsnetzwerken. Fritz kommt zu dem Schluss, dass globale Wertschöpfungsketten bisher keineswegs zu einem Ausgleich des drastischen weltweiten Wohlstandsgefälles beitragen, weswegen ArbeiterInnenproteste in der Peripherie auch künftig militantere Formen annehmen können als in den kapitalistischen Zentren.

Christian Russau geht in seinem Beitrag von den Bestrebungen neoliberaler Politik aus, ein zunehmend lückenloseres Netz internationaler Verträge in den drei Bereichen des Handels, der Investitionen und der Immaterialgüter zu knüpfen. Dieses verdichtet sich im Fall der Investitionen zu einem rechtlich zementierten Investitionsregime, das die staatlichen Gestaltungsspielräume im Hinblick auf ausländische Direktinvestitionen erheblich einengt. Bestandteile dieses Regimes sind einerseits bilaterale Investitionsabkommen, andererseits Freihandelsabkommen, wie das zur Zeit zwischen der EU und dem MERCOSUR verhandelte. Russau argumentiert, dass die Regulierung ausländischer Direktinvestitionen als Teil einer aktiven Industriepolitik sowohl entwicklungspolitisch dringend geboten, als auch aus Perspektive demokratischer Souveränität unerlässlich ist.

Cícero Gontijo diskutiert aus brasilianischer Perspektive den Zusammenhang von Patenten und abhängiger Entwicklung. Er zeichnet dazu die historische Entwicklung des internationalen Immaterialgüterrechts von der Pariser Verbandsübereinkunft von 1883 bis zum TRIPS-Abkommen der Welthandelsorganisation WTO nach. Er verdeutlicht, wie sich das Patentsystem vom ursprünglichen Ansatz des Pariser Abkommens – vollständige Offenlegungspflicht der Erfindung und Anerkennung des Prinzips lokaler Produktion – mehr und mehr entfernte und auf ein bloßes Eigentumsschutzrecht reduziert wurde. Das auf diese Weise neoliberal transformierte Patentrecht unterminiert die im Süden verfolgten Anstrengungen eigenständiger industrieller Entwicklung. Gontijo beschreibt daher Alternativen, wie unterschiedliche Formen der Erfinderschädigung oder den aktuellen Vorstoß in der WIPO für eine Entwicklungsagenda, die zu einem entwicklungsgerechten Patentsystem beitragen können.

Thomas Fritz, Christian Russau | Berlin, Oktober 2005